

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5535

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5535



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



**HÖHERE STEUERN.
MEHR SCHULDEN.**



**JEDES JAHR BIS ZU 10 MILLIARDEN
ZUSÄTZLICHE SCHULDEN!**

Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes schafft diese Initiative einen Schuldenfonds mit bis zu CHF 200 Milliarden neuen Schulden und erhöht den Steuerdruck massiv - ein frontaler Angriff auf die Schuldenbremse. Mit Subventionen nach dem Giesskannenprinzip schwächt marktwirtschaftliche Anreize und verursacht teure Mitnahmeeffekte.

Aufrecht Schweiz setzt sich für einen nachhaltigen Umweltschutz ein und ist explizit gegen fehlgeleitete Klimarettungsmassnahmen, welche effiziente Technologien verbietet und mit Steuern und Lenkungsabgaben den Wirtschaftsstandort schwächt sowie Haus- und Autobesitzer und weitere Gruppen mit höheren (Zwangs-)ausgaben konfrontiert.

www.aufrecht-schweiz.ch



DIE SCHWEIZ
BRAUCHT WIEDER MEHR

**MUT ZUR
FREIHEIT**

**Konsequent FREIHEITLICH
Konsequent LOBBYFREI
Konsequent NEUTRAL**

JETZT MITGLIED WERDEN
UND UNTERSTÜTZEN



**DU
entscheidest
am
8. März 2026.**





ZU MÜNZEN UND NOTEN

Bargeld bedeutet Freiheit und Unabhängigkeit. Dank unseren Münzen und Noten gibt es keine Abhängigkeit von technischen Systemen wie Kartenlesegeräten, Datennetzen und der Stromversorgung. Bargeld schützt zudem unsere Freiheit vor weiterer Überwachung durch Staat und Geldinstitute.

Die eidgenössischen Volksinitiative «ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» will, dass Bargeld in Schweizer Franken auch in Zukunft in ausreichendem Mass für die Bevölkerung verfügbar bleibt. Menschen ohne Smartphone, ohne Konto oder mit eingeschränktem Zugang zu digitalen Systemen behalten ein sicheres, akzeptiertes Zahlungsmittel.

Und falls anstelle des Schweizer Frankens eine andere Währung eingeführt werden möchte, so müsste in einem obligatorischen Referendum von Volk und Ständen darüber entschieden werden.. Wir empfehlen ein Ja zur Initiative und Nein zum abgeschwächten Gegenvorschlag.

**JA BARGELD-INIATITIVE
GEGENVORSCHLAG NEIN**



Die Medienlandschaft in der Schweiz wird **stark politisch beeinflusst**. Aufgrund ihrer Abhängigkeit von den staatlichen Zwangsgebühren haben die Medien oft nicht die Freiheit, unabhängig zu berichten. Dies führt dazu, dass viele Medienhäuser sich nach den Wünschen der aktuell politisch gewünschten Meinung richten, **anstatt frei und unabhängig** zu arbeiten. Diese staatliche Einflussnahme verzerrt die Meinungsbildung in der Gesellschaft, schränkt die Medienfreiheit ein und führt zu einem Einheitsbrei in der Medienlandschaft.

Medienzwangsgebühren und staatliche Subventionen müssen abgeschafft werden, damit die Medien wieder frei und unabhängig arbeiten können. CHF 200.- sind zu viel, aber die SRG-Initiative ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

SRG 200.-
sind genug! JA



**NOCH HÖHERE
STEUERBELASTUNG
FÜR UNSERE FAMILIEN?**

Mit der geplanten Individualbesteuerung soll ein fundamentaler Systemwechsel bei den Kanton- und Gemeindesteuern herbeigeführt werden. Verheiratete Ehepaare sollen neu einzeln besteuert werden. Dieser geplante Steuer-Schwindel diskriminiert unsere Familien als Rückgrat unserer Gesellschaft!

Der Mittelstand kommt immer mehr in finanzielle Bedrängnis. Darunter leidet die Wirtschaft, weil die Familien immer weniger investieren können. Das neue Bundesgesetz zementiert die heutige Steuerpraxis der staatlichen Zwangsabgaben unter Androhung von Gewalt und ist ein Bürokratie-Monster. Die Steuerbehörden müssten eine Flut von zusätzlichen 1,7 Millionen Steuererklärungen bewältigen. Das bedeutet Mehrkosten und höhere Steuern für alle.

**NEIN
zur Individual-
besteuerung**